





Alle reden von Krisen, doch nur die sondern sind ein Problem, welches Wenigsten von der Weltwirtschaftskrise, die sich schon seit einiger Zeit anbahnt und aktuell entfaltet. Die Folgen der Krise treffen uns schon jetzt: Sei es, dass wir keinen Ausbildungsplatz finden, Stellen gestrichen werden, dass Gehalt gekürzt oder die Situation in der Schule durch Sparmaßnahmen noch beschissener wird. Eins ist klar: Die Krise wird - wie bei allen kapitalistischen Krisen - vor allem uns als arbeitende und lernende Jugend und die werktätige Bevölkerung insgesamt treffen.

Diese Krise wurde jedoch nicht wie häufig behauptet durch den Corona-Virus ausgelöst, sondern bahnt sich schon länger an. So kündigte der "Bundesverband der Deutschen Industrie" schon letztes Jahr kommende Absatzschwierigkeiten an und forderte riesige finanzielle Hilfen.

Krisen treten nicht "einfach so" auf,

aus der bei uns bestehenden Art zu wirtschaften, also dem Kapitalismus, entsteht. Diesen Zusammenhang, die Hintergründe zu dieser Krise, was das für uns als arbeitende und lernende Jugend bedeutet und was wir dagegen tun können, wollen wir mit diesem Krisenaktionsprogramm aufzeigen. Wenn wir jedoch wirklich gegen die Auswirkungen der Krise und letztendlich deren Ursache (also den Kapitalismus) aktiv werden wollen, ist es wichtig, dass wir uns zusammenschließen und organisieren. Denn wenn wir nur alleine vor uns hinarbeiten, werden wir auf Dauer nichts erreichen. Gemeinsam können wir der Abwälzung der

Krisenlasten auf uns

etwas entgegenset-

zen! Und ohne dich

sind wir eine/r zu

weniq!

die individuellen Bedürfnisse. Interessen und Probleme der SchülerInnen eingehen. Wer da nicht Unterstützung von Zuhause oder Nachhilfe bekommt, wird leicht abgehängt. Das Homeschooling während der Corona-Krise verstärkt diesen Effekt zusätzlich. LehrerInnen haben noch mehr Probleme, alle SchülerInnen zu erreichen. Wer keine ruhige Lernumgebung zuhause und keinen Laptop hat, hat verloren.

Mit mehr als 25 SchülerInnen in der

Klasse können Lehrkräfte nicht auf

Ungeachtet der ungleichen Bedingungen im Homeschooling und des infolgedessen steigenden Lernstresses wurden die Abschlussprüfungen geschrieben, obwohl die Hygienebedindungen mehr als ungenügend waren.

Das alles zeigt die Prioritäten dieses Bildungssystems: Mit möglichst wenig finanziellem Aufwand nach den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts verwertbare Arbeitskräfte produzieren. Dabei spielt keine Rolle, dass der Lernstress Schüler krank macht oder dass die Bildungschancen

im wesentlichen vom El-

ternhaus abhängen.

Bildung in der Krise

Durch die Wirtschaftskrise wird sich das alles weiter verschärfen. Die Milliarden für Unternehmensrettung fehlen für mehr Lehrpersonal oder gescheite Schulgebäude. Wenn durch Massenentlassungen die Zukunftsangst steigt, steigt auch der Leistungsdruck.

Das alles trifft auch auf die Unis zu. Auch hier haben sich durch Corona Chancenungleichheit und Lernstress verstärkt. Auch hier wird mit der Wirtschaftskrise weiter eingespart. Auch hier geht es nur darum, möglichst billig Arbeitskräfte auf den Markt zu werfen.

Wir sagen: Bildung sollte uns dazu befähigen, uns unserer Lage bewusst zu werden, die gesellschaftlichen Verhältnisse kritisch zu hinterfragen und entsprechend unserer Interessen zu handeln.

WIR FORDERN

- ♦ Mehr Geld für Bildung! Für Gebäude, Ausstattung, Digitalisierung und mehr Lehrer!
- ♦ Lernen für unsere Interessen, nicht für Noten und den Arbeitsmarkt
- ♦ Kostenlose Bildung für alle! Auch im Homeschooling!



- 10 /arbeiterjugend
- f /sozialismus

Arbeit in der Krise

Während die großen Konzerne trotz Krise und staatlicher Hilfe weiterhin Dividenden ausschütten, sieht es für uns nicht so rosig aus. Nach wie vor befinden sich viele Menschen in Kurzarbeit. Das bedeutet, dass die großen Konzerne die Krisenlasten auf uns abwälzen, da das Kurzarbeitergeld aus unseren Steuern finanziert wird. Gleichzeitig müssen die meisten KurzarbeiterInnen auf einen Teil ihres Lohns verzichten. Darüber hinaus planen gerade fast alle großen Unternehmen Stellenabbau oder haben damit schon längst angefangen. Allein in der Metall- und Elektroindustrie sollen 250.000 Arbeitsplätze gestrichen werden.

Auch in der Ausbildung macht sich der Versuch, die Krise auf uns abzuwälzen, bemerkbar. So werden bei vielen Unternehmen einfach weniger Ausbildungsplätze ausgeschrieben und die Auszubildenden, die da sind, nicht mehr übernommen.

Es gilt: Es ist günstiger, weniger ArbeiterInnen zu beschäftigen, die massenweise Überstunden schieben, als die benötigte Zahl an ArbeiterInnen

einzustellen. Für die KollegInnen, die übrigbleiben, bedeutet dies Arbeitsverdichtung, da zwar weniger KollegInnen da sind, die Arbeit aber nicht weniger wird. Verstärkt wird diese Arbeitsverdichtung dadurch, dass seit Beginn der Corona-Pandemie eine wachsende Zahl der Beschäftigten im Home Office arbeiten. Dies sorgt dafür, dass die Grenze zwischen Arbeit und Privatleben weiter und weiter verschwimmt und – weil die Produktivität im Home Office tendenziell niedriger ist – die KollegInnen länger arbeiten, sprich noch mehr Überstunden schieben. Der Staat zeigt in der Krise erneut eindeutiq, auf wessen Seite er steht, indem er mit der zeitweisen Einführung des 12-Stunden-Tages für die systemrelevanten Berufe bei gleichzeitiger Verkürzung der gesetzlichen Ruhezeit auf neun Stunden den 8-Stunden-Tag effektiv ausgehebelt hat.

40% der Studierenden haben seit Beginn der Krise ihre Nebenjobs verloren. Als Antwort auf die finanzielle Notlage der Studierenden hat die Bundesregierung ein Hilfspaket von 100 Millionen Euro geschnürt. Davon abgesehen, dass dieser Betrag verglichen mit den Milliarden, die zur Rettung der Wirtschaft aufgebracht werden, ein Witz ist, gilt jeder Student, der 500€ oder mehr auf dem Konto hat als zu reich, um diese Hilfe zu beantragen. In manchen Städten reicht das aber nicht mal für die Miete.

heit der Bevölkerung wird das Geld in der Krise noch knapper als sowieso schon und reicht oft kaum bis zum Monatsende. Dabei besaßen schon vor der Krise 45 Deutsche so viel wie die ärmere Hälfte der Bevölkeruna zusammen! Die aktuellen Lohnergleichen höhungen meistens nicht mal Inflation aus. falls es überhaupt welche gibt. Die Re-

Für die große Mehr-

allöhne sinken also noch weiter. Um die Beschäftigten gut durch die Krise zu bekommen, fordert der DGB die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, sowie einen großen Schutzschirm für Auszubildende, der mit Hilfe von finanziellen Anreizen Unternehmen dazu motivieren soll, auszubilden. Wir sagen: Das reicht nicht. Wir wollen nicht den Erhalt unserer Arbeitsplätze durch Kurzarbeitergeld am Ende selbst bezahlen. Wir wollen auch nicht unsere Ausbildungsplätze durch staatliche Geschenke an ausbildende Unternehmen selbst bezahlen.

Wenn wir den "Gürtel enger schnallen" und Verschlechterungen hinnehmen, um gemeinsam gut durch die Krise zu kommen, können wir nichts gewinnen. Wir zeigen damit nur, dass wir alles mit uns machen lassen, was dem Unternehmer gefällt. So retten wir keine Arbeitsplätze, so wird sich die Situation der arbeitenden Menschen nicht verbessern.

WIR FORDERN

- ♦ Eine gesamtgesellschaftliche Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich! Damit kann ein Recht auf Arbeit für alle verwirklicht werden.
- ♦ Durch die Unternehmen bezahlte Freistellung statt Kurzarbeit!
- Ein Recht auf eine Ausbildung inkl. unbefristeter Übernahme im erlernten Beruf!



Wir brauchen das Geld!

Wegen Corona waren viele Kinos, Theater, Jugendzentren, Schwimmbäder und Bibliotheken geschlossen. Diese Einrichtungen brauchen deswegen jetzt noch größere finanzielle Unterstützung von den Kommunen als zuvor. Auch kommunale Verkehrsbetriebe stehen vielerorts vor der Pleite.

Mit der Wirtschaftskrise bricht die Gewerbesteuer ein - und damit die größte Einnahmequelle der Kommunen. Diese tragen über die Hälfte aller öffentlichen Investitionen. Laut Städtetag gingen die kommunalen Einnahmen im ersten Halbjahr 2020 um über 50% zurück. Die Kommunen werden damit alleingelassen, dabei wäre genug Geld vorhanden (weiter hinten im Heft)!

Der Gesundheitssektor steht finanziell noch schlechter da als im Vorjahr. Über 13% der Krankenhäuser stehen vor der Insolvenz. Besonders hart trifft es natürlich kommunale Kliniken, die Alle versorgen müssen und sich nicht auf profitable Behandlungen begrenzen können.

Ein Weg, der immer öfter gewählt wird, ist Privatisierung. Das bringt zwar kurzfristig mehr Geld, doch statt besserer Versorgung mit Infrastruktur, Gesundheit und Kultur werden damit auf Dauer nur die Profitinteressen von Konzernen gefördert, denn sich verschlechternde Arbeitsbedingungen, Angebote und steigende Preise gehen meist damit einher. Diese Entwicklung ist nicht neu. Schon seit Jahrzehnten leidet die Daseinsvorsorge unter dieser Unterfinanzierung! So können die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht befriedigt werden.

WIR FORDERN

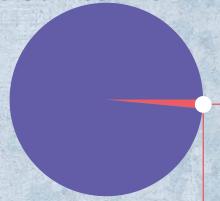
- ♦ Die Krisenlasten sollen die tragen, die sie verursachen: Keinen Cent den Banken und Konzernen! Einführung der Reichensteuer!
- Freier Zugang zu Sport, Kultur und Unterhaltung! Ausbau statt Kürzung bei Bibliotheken, Schwimmbädern, Sportstätten!
- ♦ Kostenlose Gesundheitsversorgung und -vorsorge für alle! Alle Krankenhäuser zurück in öffentliche Hand! Demokratische Kontrolle durch die Beschäftigten!
- ♦ Kostenloser ÖPNV für alle überall!
- ♦ Mehr Geld für die Kommunen!

Geld gibt es genug

600 Mrd Euro

Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) zur Unterstützung von

Großunternehmen





davon gehen an die

Lufthansa

Nebenbei plant der Fluganbieter weltweit 22.000 Stellen zu streichen.

Von 9 Mrd Euro könnte man...

219.555 neue KRANKENPFLEGER*INNEN ein Jahr lang bezahlen

177.170 neue LEHRER*INNEN ein Jahr lang bezahlen

ÖPNV-TICKETS für alle Auszubildenden und SchülerInnen in Deutschland ein Jahr lang bezahlen

SCHWARZE NULL? IST DAS EUER ERNST?

Immer wieder bekommen wir von den PolitikerInnen zur hören, es sei kein Geld da und auch Neuverschuldungen seien nicht möglich, um die sog. schwarze Null nicht zu gefährden. Dass diese Argumentation nur ein Instrument ist, um unsere Forderungen abzulehnen, wird spätestens nach den Rettungspaketen der Bundesregierung für Großunternehmen deutlich.

Daher gilt nach wie vor: Geld gibt's genug – Zeit es uns zu holen!

KAMPFEN LOHNT SICH

Viele von uns kennen das Gefühl, angesichts dessen, was auf der Welt vor sich geht, unzufrieden und hilflos zu sein.

Doch für uns als sozialistische Jugend steht fest - diese Welt ist erkennbar und sie ist veränderbar, denn sie ist ja auch von Menschen gemacht! Natürlich kann man als Einzelperson nicht viel bewirken. Um handfeste

Ergebnisse zu erzielen, müssen wir uns zusammenschließen und gemeinsam kämpfen. Gerade im Zuge der aktuellen Wirtschaftskrise ist das besonders wichtig. Wenn wir nichts tun, zahlen wir für die Folgen einer Krise, die wir nicht verursacht haben.

Dass Erfolge möglich sind, zeigen reale Kämpfe aus den letzten Jahren:

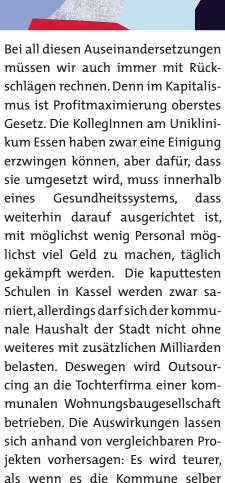


MARIE-LUISE AUS KASSEL

Jahr 2017 und 2018 für mehr Geld für gen und für ihr Recht auf gute Bildung demonstrierten, sind einer von vielen Dinge ändern können, wenn wir uns zusammenschließen. Denn die Streiks Schulen Kassels und waren bundesweit in den Medien, wodurch sie viele andeaktiv zu werden."



"Seit Jahren wird das Gesundheitssystem kaputtgespart. Und wo 2018 gewehrt und sind auf die Stra-Kolleginnen war: Entlastung! Es wurde zwölf Wochen lang gestreikt. Es brauchte viel Druck und Solidarität der Belegschaft, aber auch von den



machen würde - schließlich muss die Firma auch was davon haben - und es erschwert demokratische Kontrolle. Aber solange die Kommunen zugunsten der Unternehmensrettung und Rüstungsausgaben systematisch kaputt gespart werden, bleibt der Spielraum auf kommunaler Ebene gering. Lässt der Widerstand nach, so werden auch diese erkämpften Errungenschaften wieder angegriffen werden.

Daran wird deutlich, dass die Möglichkeiten, Verbesserungen zu erkämpfen, vorhanden sind, aber innerhalb dieses Systems immer an Grenzen stoßen werden. Neben den realen Verbesserungen ist aber noch etwas anderes entscheidend: Bei den Schulstreiks und den Streiks am Klinikum haben die Leute gelernt, wie man sich für seine Interessen einsetzt und dass das notwendig ist.



KAPITALISMUS IST DIE KRISE

Seit Monaten hören wir überall von der "Corona-Krise": Corona legt die Wirtschaft lahm, Corona ist schuld an Stellenstreichungen und Kurzarbeit, Corona kostet Arbeitsplätze. Was stimmt: Wir erleben aktuell eine der größten Wirtschaftskrisen, die es je gab. Doch die Ursache ist nicht Corona.

Krise war schon vor Corona

Große Unternehmen wie Daimler und BMW haben bereits seit Mai 2019 angefangen, Stellen zu streichen. Die Industrieproduktion sinkt schon seit Mitte 2018. Und das Gesetz für die Erleichterung der Kurzarbeit, das uns als "Corona-Gesetz" verkauft wurde, lag schon 2019 auf dem Tisch. Alle Zeichen standen also schon Monate vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie auf Wirtschaftskrise. Das lässt sich klar an den genannten Fakten ablesen und wurde von den Unternehmen nicht geleugnet. Es stimmt zwar, dass die Krise durch die Corona-Pandemie noch deutlich

verstärkt wurde - aber sie war eben schon lange vor Corona da.

Zu viel produziert, zu wenig Jobs

Das verrückte ist, dass trotz der Wirtschaftskrise Autos und alle mögliche anderen Produkte auf der Welt unverkauft herumstehen und die Lagerhallen überquellen. Es wäre genug da, um die Bedürfnisse der Menschen zu erfüllen. Die Unternehmen klagen sogar seit Monaten darüber, dass sie ihre Produkte einfach nicht verkauft bekommen. Gleichzeitig verlieren allein in Deutschland Tausende ihren Job. sind seit Monaten in Kurzarbeit oder kriegen keinen Ausbildungsplatz. Deshalb können es sich gerade jetzt besonders viele Leute nicht leisten, all die Produkte zu kaufen. Aber genau das ist das absurde an der Krise: Das Problem ist. dass zu viel produziert wurde, und die Unternehmen jetzt nicht mehr profitabel verkaufen können. Weil es zu viel gibt, schließen sie ihre Werke, entlassen massenhaft ArbeiterInnen.

KRISEN:

1967 1975 1982

1993

2003

2008

2019

Krisenursache Kapitalismus

Solche Krisen sind nichts Neues, sie kamen in den letzten Jahrzehnten regelmäßig vor, zuletzt 2008, zuvor jeweils um die Jahre 1967, 1975, 1982, 1993 und 2003. Die Ursache dafür entstammt der kapitalistischen Profitlogik: Jeder Kapitalist plant für sich selbst und versucht, seine Profite zu maximieren. Um die Profite zu vergrößern, stellt er immer mehr Produkte her. Gleichzeitig versucht er, die Löhne immer weiter zu drücken und "überflüssige" ArbeiterInnen zu entlassen. Weil das alle Kapitalisten machen, damit sie mit den Profiten der anderen mithalten, wird immer mehr und mehr produziert. Irgendwann wird so viel produziert, dass die Kapitalisten ihre Produkte nicht mehr verkaufen können, weil es niemanden gibt, der sie noch abnehmen kann. Es kommt zur Wirtschaftskrise. Long story short: Die Ursache für die Krise ist das kapitalistische System.

Steigende Kriegsgefahr und Demokratieabbau

Um die Produkte doch noch irgendwie loszuwerden und damit doch noch Profite zu machen, versuchen die Kapitalisten verstärkt, neue Märkte zu erobern - zum Beispiel durch Krieg. Auch im von der Bun-

deswehr herausgegebenen Weißbuch steht, dass die Bundeswehr "gesicherte Versorgungswege" und "stabile Märkte" garantieren muss. Um möglichen Widerstand gegen Kriege und die Abwälzung der Krisenlasten auf die werktätige Bevölkerung zu verhindern, wurden zum Beispiel mit den Polizeiaufgabengesetzen die Befugnisse von Polizei und Verfassungsschutz ausgeweitet.

Die Alternative: GESELLSCHAFTLICHE PLANUNG

Doch wenn klar ist, dass die Ursache im kapitalistischen System liegt und dass nur die Kapitalisten ein Interesse daran haben, dass alles so bleibt, wie es ist, ist die Lösung schnell gefunden: Wir brauchen ein System, das nicht alle paar Jahre Wirtschaftskrisen hervorbringt. Ein System, in dem nicht das produziert wird, was die meisten Profite bringt, sondern das, was im Interesse der übergroßen Mehrheit ist. Ein System, in dem wir gemeinsam entscheiden und planen, was, wie viel und unter welchen Bedingungen produziert wird. Ein System, in dem nicht wenige immer reicher werden, während der übergroße Teil der Menschen immer ärmer wird. Dieses System ist der Sozialismus.

"Ich bin in der SDAJ, weil ich finde, dass man sich zusammentun muss, um etwas zu erreichen. Gerade jetzt während der Wirtschaftskrise stehen gute Arbeitsbedingungen und Löhne unter Beschuss. Alleine hat man gegen den Chef, unbezahlte Überstunden und Lohnkürzungen keine Chance. Mit der Gewerkschaft schon

eher. Aber die SDAJ ist die einzige Organisation, die aufzeigt, dass die ganzen Probleme zu diesem kapitalistischen System gehören und dass genau deshalb auch Sozialpartnerschaft einfach Quatsch ist. Das habe ich im Austausch mit SDAJIerInnen, die jahrelange Erfahrung mit kämpferischer betrieblicher und gewerkschaftlicher Arbeit haben, gelernt. Dabei hilft natürlich, dass wir in der SDAJ gemeinsam Iernen, wie die Ökonomie des Kapitalismus funktioniert. Im Kapitalismus muss man sich jede kleine Verbesserung erkämpfen und verteidigen. Der einzige menschenwürdige Ausweg daraus ist der Sozialismus. Für den braucht es den revolutionären Jugendverband."

Jannis (21), Azubi aus Bochum

"In der SDAJ engagiere ich mich vor allem, weil ich der Ausbeutung von Mensch und Natur nicht mehr zuschauen möchte. Das fängt schon im Kleinen an: Die Schulen sind in einem heruntergekommenen Zustand, aber Geld für Krieg und Militär ist da. Wenn Unternehmen wie RWE und Co. Profite machen wollen, ist der Regierung und den Unternehmen die Meinung von hunderttausenden demonstrierenden SchülerInnen egal. Niemand hört uns zu. Wir müssen dafür kämpfen, dass uns zugehört wird. Wie man das macht, das lernt man in der SDAJ. Hier kann ich mich nicht nur mit anderen SchülerInnen vernetzen und austauschen, sondern auch auf die Erfahrung älterer Bildungsstreikgenerationen zurückgreifen."

Lea (17), Schülerin aus Wuppertal

